

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 pppn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Willi Piecyk erläutert den Antrag der schleswig-holsteinischen SPD zur Gentechnologie: Die Risiken sind meist größer als die Chancen.

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB mahnt die Anwendung der Forderungen der französischen Revolution auf das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern an: Chancengleichheit - auch für die Dritte Welt (Teil II und Schluß).

Seite 4

Liesel Schäfer, Seniorenbeauftragte der rheinland-pfälzischen SPD, analysiert den Bedarf an einer Seniorenpartei: Kein Bedarf an „Grauen“.

Seite 6

44. Jahrgang / 133

14. Juli 1989

Die Risiken sind meist größer als die Chancen

Der Antrag der schleswig-holsteinischen SPD zur Gentechnologie

Von Willi Piecyk
Stellvertretender Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD

Das Ergebnis der Diskussion in der SPD über Forschungsstand, Anwendungspraxis und mögliche Folgen der Gentechnologie zeigt, daß die Risiken weitaus größer sind als mögliche Chancen.

In fast allen Bereichen sind gentechnische Methoden überflüssig sowie ökologisch und sozial gefährlich. Ihre erzielbaren Effekte haben keinen so großen gesellschaftlichen Stellenwert, als daß sie die grundlegenden Nachteile und Gefahren rechtfertigten. Nicht jede technische Neuerung ist auch ein Fortschritt.

Es gibt in dieser Gesellschaft zahlreiche Ansätze menschenfreundlicher Medizin, artgemäßer Tierhaltung und ökologischer Pflanzenzucht. Diese Ansätze, die im Einklang stehen mit der Natur und den Grundsätzen einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft, müssen aufgebaut und gefördert werden.

Dort, wo in einzelnen eingegrenzten Bereichen Gentechnik akzeptiert wird, darf ihr Einsatz nur unter strengen Genehmigungs- und Sicherheitsbestimmungen und unter öffentlicher Kontrolle stattfinden.

Der Antrag stellt bewußt die „neuen Fortpflanzungstechniken“ (Stichwort: Retortenbaby) und die Gentechnologie in einen Zusammenhang, weil zwischen der und ihren künftigen Anwendungsmöglichkeiten ein entscheidender Zusammenhang besteht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Umwarte
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Zentrale Forderungen sind:

- Die neuen Fortpflanzungstechniken (Reproduktionstechnologie).

Für die Technik der Im-Glas-Befruchtung ist es unabdingbar, die Eizellen aus dem Körper der Frau zu entnehmen. Damit stehen Eizellen und Embryonen der Forschung zur Verfügung, und es ist eine Voraussetzung geschaffen für alle technisch machbaren Manipulationen am menschlichen Erbgut. Deshalb wird die SPD ein Verbot der Im-Glas-Befruchtung fordern. Sie wird Retortenbabys und alle damit verbundenen Entwicklungen wie etwa die Leihmutterschaft ablehnen.

- Genomanalyse

In den nächsten Jahren könnte das Genom, die Summe aller Erbanlagen, vollständig entschlüsselt werden. Dies bedeutete den „gläsernen Menschen“. Der Wert eines Menschen würde auf die Dispositionen seiner Gene reduziert. Deshalb muß die vorgeburtliche Genomanalyse auf schwere Erbkrankheiten beschränkt werden. Im Arbeitsleben, im Versicherungswesen, im Strafverfahren zur Täteridentifizierung muß die Genomanalyse untersagt werden. Zuzulassen ist die Genomanalyse lediglich im Rahmen individueller Vorsorgeuntersuchungen, wenn Menschen dies in eigener Verantwortung wollen unter der Bedingung, daß Rechtsfolgen ausgeschlossen sind und der Datenschutz gewährleistet wird.

Zum Bereich der Genomanalyse lag dem Parteitag auch ein weitergehendes Votum der Kommission Gentechnologie vor, das die AsF als Antrag eingebracht hat. Dieser Antrag fordert sowohl das generelle Verbot der pränatalen Genomanalyse als auch das Verbot der Genomanalyse am Menschen.

- Medikamente

Die gentechnische Produktion von Medikamenten soll grundsätzlich verboten werden. Ausnahmen dürfen nur dann zugelassen werden, wenn sie als Therapie für bisher nicht behandelbare Krankheiten geeignet sind.

- Gentechnologie und Landwirtschaft

Gentechnische Methoden der Landwirtschaft sind nur unter noch intensiver gestalteten agrarindustriellen Bedingungen wirtschaftlich. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Zucht-

methoden, deren natürliche Generationsfolge eine langsame Anpassung an Umwelt- und Lebensbedingungen im Sinne einer gegenseitigen Balance ermöglicht hat, werden mit gentechnischen Methoden in völlig unnatürlicher Weise sehr große genetische Abstände übersprungen. Die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen in unkontrollierbare Bereiche birgt zahlreiche nicht erforschte Risiken und ist zum größten Teil nicht rückholbar. Um die Chancen und Risiken in diesem Bereich aber verantwortlich abschätzen zu können, ist ein langfristig angesetztes Moratorium für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen und auch bezüglich bestimmter Änderungen von Organismen in geschlossenen Systemen erforderlich. Diese Moratorien müssen gelten, wie die bekannten oder vermuteten Gefahren mit voller Sicherheit abgeschätzt und eventuell eingetretene, ungewollte Veränderungen zuverlässig wieder rückgängig gemacht werden können. Die Patentierung von ganzen Organismen, körpereigenen Stoffen und Genen ist nicht zuzulassen.

— Gentechnologie in Natur und Umwelt

Gentechnische Methoden zielen auf eine Reparatur der Umweltschäden. Sie reduzieren kaum erforschte, komplizierte, miteinander verflochtene Systeme auf wenige molekulare, aber hochwirksame Veränderungen mit ökologisch weitgehend unbekanntem Wirkungen. Sie beseitigen nicht die Schadensursachen, die in der ständig steigenden ökonomisch technischen Nutzbarmachung der belebten und unbelebten Umwelt liegen. Die SPD wird die Anwendung gentechnischer Methoden zur Beeinflussung oder zur Neuorganisation der Zusammenhänge in Natur und Umwelt ablehnen, solange diese nicht jederzeit auf ökologisch verträgliche Weise zuverlässig begrenzt sind.

Die SPD fordert ein langfristig angesetztes Moratorium für jegliche Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen. Jedes Forschungsvorhaben im Rahmen der Gentechnologie muß gleichrangig von Risikoforschung begleitet werden. Es ist einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen und offenzulegen. Das Verursacherprinzip wird festgeschrieben.

— Gentechnik und biologische Kriegsführung

Die SPD lehnt kategorisch jede Forschung und Produktion ab, die die Entwicklung biologischer Kampfstoffe begünstigt. Entwicklung, Produktion, Lagerung und Einsatz biologischer und gentechnisch hergestellter Waffen und Kampfmittel im weiteren Sinne sind strikt zu verbieten. Darüber hinaus fordert die SPD das Verbot jeglicher B-Waffen-Forschung. Das gilt auch für ihre (angeblich) rein defensive Formen. (-/14.7.1989/vo-he/st)

Chancengleichheit - auch für die Dritte Welt

(Teil II und Schluß)

Zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

III.

Die Ereignisse im Spannungsfeld der großen Revolution strahlten auch auf die Kolonien aus. Die französischen Revolutionäre jedoch waren sich nicht einig, wie mit den Kolonien zu verfahren sei und ob die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte auch auf die Menschen mit dunkler Hautfarbe ausgedehnt werden sollte. Anfänglich zeigte sich der Konvent nicht willens, die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte auch auf die Kolonialvölker auszudehnen.

Das Problem der Mischlinge und Schwarzen wurde heftig diskutiert. Die ideellen Vorläufer der Revolution, die Philosophen der Aufklärung, hatten Sklaverei und Ausbeutung anderer Rassen immer wieder gegeißelt. Im revolutionären Frankreich war es die „Gesellschaft der Freunde der Schwarzen“, die sich für die Befreiung der farbigen Bevölkerung in den Kolonien einsetzte. Zwar war Robespierre Mitglied der „Gesellschaft der Freunde der Schwarzen“, als Staatsmann befürchtete er aber, daß die Aufhebung der Sklaverei während der Revolution den sofortigen Verlust der Kolonien zur Folge haben würde. Die Jakobiner-Bourgeoisie hatte den Wert der Kolonien längst erkannt. Robespierre warf später Brissot, dem Kopf der Amis des Noirs, vor dem Revolutionsgericht vor, durch die Befreiung der Schwarzen, die Kolonien ruinieren zu wollen.

Erst Anfang Februar 1794 - zwischenzeitlich hatte der Konvent 1791 den von freien Eltern geborenen Mulatten Gleichberechtigung zugesichert - gelang es Danton, den Konvent dazu zu bringen, die Sklaverei in den Kolonien (dabei ging es vor allem um die Antillen) abzuschaffen. Danton begründete die Bedeutung der Sklavenbefreiung: „Bisher hatten wir die Freiheit egoistisch nur uns selbst zugewilligt. Heute jedoch rufen wir die allgemeine Freiheit aus. Laßt uns den Kolonien Freiheit geben!“ Per Akklamation wurde die Befreiung der Menschen mit dunkler Haut beschieden. Fortan sollte auch die dunkle Haut nicht mehr als veräußerbares Eigentum gelten. Theoretisch schien damit die Befreiung der Schwarzen und Mischlinge aus den Bastillen des französischen Kolonialismus vorläufig gesichert. Beschlossen worden war ebenfalls, die Kolonien zu gleichrangigen integrierten Teilen der französischen Republik zu erklären, die gleichermaßen nach dem neuen Departement-System eingeteilt wurden. Praktisch aber war der Weg für einen zähen und langwierigen Befreiungskampf offen.

Dennoch wird der Tag, an dem Frankreich die Aufhebung der Sklaverei und die Gültigkeit von Menschenrechten in den Kolonien verkündete, zu Recht als ein epochaler Wendepunkt bezeichnet. Diese Entscheidung des Nationalkonvents läutete das Ende des drei Jahrhunderte dauernden Völkermordes in der Neuen Welt ein.

IV.

Die heutige Entwicklungspolitik ist ein Kind jener aufklärerischen Ideen, die auch die Französische Revolution angetrieben haben. Sie ist zugleich aber auch Teil - als dialektische Antithese - jenes Kolonialsystems, dessen Wirklichkeit durch die Französische Revolution in Frage gestellt wurde. Sie ist auch Antwort auf die Wunden kolonialer Deformation und Element eines humanitären Wiedergutmachungsprogramms.

Den Terminus „Dritte Welt“ („Tiers Monde“) benutzt man erst, soweit ich sehe, seit 1952, als Alfred Sauvy - mit Blick auf die Französische Revolution - eine gewagte Parallele zwischen dem Dritten Stand in Frankreich, als der unterprivilegierten Masse der Franzosen, und der Dritten Welt, als der Unterprivilegierten Masse der Menschheit konstruierte.

Gleichermaßen, wie der Dritte Stand im Augenblick vor dem revolutionären Ausbruch sich weigerte, als Stand neben den beiden anderen Ständen der Kirche und des Adels zu beraten und statt dessen eine Versammlung mit gleichen Beratungsrechten für alle Stände forderte, weigern sich auch die Entwicklungsländer zu Recht, immer nur die Zaungäste im Weltwirtschaftszirkus zu sein.

Gleichermaßen, wie große Teile des Klerus und Teile des Adels auf die Seite des dem König trotzdenden Dritten Standes überwechselten und sich für die Idee einer gemeinsamen Assemblée Nationale einsetzten, sollten sich auch heute die Industrieländer offensiv und wirkungsvoll für die Unteilbarkeit dieser Welt und für das Recht auf Selbstverwirklichung der Länder im Süden einsetzen.

Genausowenig, wie damals der Dritte Stand die Privilegien der beiden anderen Stände akzeptieren konnte, können auch heute die Länder des Südens die Privilegien der Industrienationen, die auf einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung gründen, akzeptieren.

In der Französischen Revolution kamen vor 200 Jahren die Hoffnungen der Menschen auf eine freie, gerechte, solidarische und vernunftbestimmte Zukunft zum Ausdruck. Am Modell der Großen Revolution erkennen wir, daß es sie noch gibt: die Bastillen. Damit diese geschundene Welt eine Welt wird, damit die Menschheit eine gemeinsame Zukunft hat, müssen noch viele Bastillen gestürmt werden.

Die Zeit drängt, eine neue Ordnung zwischen Nord und Süd, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu schaffen, die sich an den Idealen der Französischen Revolution orientiert. Es ist zu hoffen, daß sich die Regierenden der sieben reichen Industrienationen in Paris vom genius loci inspirieren lassen und hinsichtlich der Dritten Welt wirkliche Schritte zu Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität tun. Dazu zählen ein großzügiges Entschuldungsangebot, eine massive Aufstockung der Mittel für eine soziale und ökologische Entwicklungspolitik sowie handelspolitische Maßnahmen im Sinne eines fairen Nord-Süd-Ausgleichs.

(-/14.7.1989/vo-ha/st)

Kein Bedarf an „Grauen“

Haben ältere Menschen die Parteien satt?

Von Liesel Schäfer

Beauftragte für Seniorenarbeit der SPD Rheinland-Pfalz

„Alte Menschen hätten die Parteien satt“ dient als Argument für die Gründung einer neuen Partei, der „Grauen“. Ein totaler Widerspruch. Aus einer Interessengruppe hat sich eine Partei gebildet. Wenn weitere Gruppen und Initiativen ähnlich verfahren, sind wir auf dem besten Weg, Verhältnisse zu bekommen, wie sie 1933 zu dem Untergang unserer ersten Demokratie und zu einem totalitären System geführt haben.

Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß ältere Menschen ihr Wahlrecht sehr ernst nehmen und die höchste Wahlbeteiligung erbracht haben (in Ludwigshafen zum Beispiel 80 Prozent). Die über Achtzigjährigen sind ihren Parteien treu geblieben, das geht ganz klar aus den Wahlanalysen hervor. Demnach würde also kein Bedarf an einer „Altenpartei“ bestehen. Die Grünen wurden von weniger Senioren gewählt als 1985. Wenn der Einfluß von Frau Unruh so groß gewesen wäre, hätten die Grünen, bei denen Frau Unruh hospitierte, mehr Zulauf haben müssen. Rechnet sie sich demnächst ebenfalls einen Geldstrom aus der Wahlkampfkostenerstattung aus?

Bisher hat sich die Vereinigung der Grauen Panther als überparteilich und überkonfessionell bezeichnet. Nun werden sich Senioren, die Parteien angehören, mit Sicherheit zurückziehen.

Die demographische Entwicklung zeigt, daß immer mehr Menschen gesund und geistig rege älter werden. Unsere Gesellschaft muß aber auch mit mehr Hochbetragten rechnen und das bedeutet einen höheren Anteil an pflegebedürftigen Menschen. Für unseren Staat ist das eine große Herausforderung. Die Bewältigung aller mit diesem Problem zusammenhängenden Fragen kann aber nicht allein von den älteren Menschen gelöst werden, sondern nur vom gesamten Volk.

Die SPD hat die Probleme nicht erst heute klar erkannt. Seit zehn Jahren gibt es die Seniorenarbeit innerhalb der Partei. Wohnen und leben im Alter ist in den Mittelpunkt der Arbeit gerückt. Die finanzielle Sicherung im Alter gehört zu den selbstverständlichsten Aufgaben der SPD-Politik. Schließlich waren es die Sozialdemokraten, die eine umfassende Rentenreform in den siebziger Jahren durchgeführt haben. Künstler, Bauern, Handwerker und andere freiberuflich arbeitende Menschen konnten nun Aufnahme in die Rentenversicherung finden, die ihnen bis dahin verschlossen war. Das war vor allen Dingen für Angehörige minderer Einkommen wichtig.

Ziel der sozialdemokratischen Senioren ist eine generationenübergreifende Politik. Sie machen ihren Einfluß in der großen Partei geltend. Dabei ist die Solidarität mit den Jungen und den im Leben zu kurz gekommenen eine Selbstverständlichkeit. Damit erreichen die SPD-Senioren, die dann die gesamte Macht der SPD im Rücken haben, mehr als eine Splittergruppe.

Die politischen Ziele Älterer ändern sich wohl nicht beim Übergang vom Erwerbsleben ins Rentenalter. Die Vorstellung, einer „Greisenpartei“ angehören zu müssen, wird schon viele abschrecken, bei Frau Unruhs Haufen mitzumachen.

(-/14.7.1989/vo-he/st)

* * *